

Der Kompromiss. Ein Plädoyer.

In den nächsten Monaten stehen in Tirol zwei wichtige Wahlen an. Am 25. Februar wird der Tiroler Landtag neu gewählt und am 22. April der Innsbrucker Gemeinderat. In Tirol regiert seit der letzten Wahl eine Koalition aus Volkspartei und Grünen, in Innsbruck wurde die anfängliche Koalition aus Gelb, Grün, Rot später um Schwarz erweitert. Viele haben sich sowohl im Land als auch in der Stadt von diesen Regierungskonstellationen viel erwartet, waren doch erstmals auch die Grünen, die in der Opposition immer als Unterstützer_innen der Freien Szene aufgetreten sind, in den Regierungen beteiligt. In den nächsten Wochen werden viele Bilanz der Regierungsarbeit ziehen und versuchen zu vergleichen was vom Versprochenen auch umgesetzt wurde.

Nach der Regierungsbildung im Land Tirol 2013 habe ich an dieser Stelle geschrieben:

"Die Tiroler_innen haben gewählt und seit wenigen Tagen gibt es jetzt auch eine neue Regierung. Erstmals eine Koalition von Tiroler Volkspartei und den Grünen Tirol. Diese neue Regierung hat sich auf ein Arbeitsübereinkommen für die nächsten fünf Jahre geeinigt, das sich, teilweise zumindest, lohnt, näher betrachtet zu werden. [...] Das Arbeitsübereinkommen strotzt von Absichtserklärungen, viel soll „geprüft“ und „evaluiert“ werden und die Formulierung „nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten“ liest sich in vielem eher wie eine Drohung, als dass man glauben möchte es besteht die wirkliche Chance zur Umsetzung der Vorhaben.

Dennoch lohnt es sich [...], das Programm näher zu betrachten, denn es überrascht immer wieder in den Formulierungen und auch in den Themen, die es anspricht. [...]

Wenn man sich – wie FREIRAD das macht – mit Meinungs- und Medienvielfalt auseinandersetzt und versucht diese zu fördern und zu unterstützen, ist gleich mal auffällig, dass das Arbeitsübereinkommen ein Kapitel über Demokratie hat. Das ist neu, das hat es noch nie in einem Tiroler Koalitionspapier gegeben.

Auch an das Kapitel „Kunst und Kultur“ kann man Erwartungen knüpfen. Auffällig ist, dass in der Präambel dazu nicht mehr von „Tradition und Moderne“ wie noch vor fünf Jahren, sondern von „traditionellem und zeitgenössischem“ die Rede ist. [...] Die Förderung der freien Szene sowie neuer Kulturströmungen - hier ist feministische Kunst und Kultur extra erwähnt – aber auch nichtkommerzieller Medien und migrantischer Kultur ist ebenso aufgelistet, wie die Absichtserklärung, die Förderung für diese wie auch für Kulturzentren zu erhöhen, wenn es das Budget zulässt. Geprüft werden soll ein partizipativer Kulturentwicklungsprozess."

Das österreichische politische System ist geprägt von der repräsentativen Demokratie, d.h. wir wählen nicht Personen, sondern Parteien, welche Kandidat_innen auf Listen reihen, die dann je nach Stimmen für die unterschiedlichen Parteien in den Nationalrat, Landtag oder Gemeinderat einziehen. Sinn dieses Systems ist es, dass alle Bürger_innen dort vertreten sind, also auch Parteien, die nur wenige Stimmen erhielten, Mandatar_innen in die Parlamente entsenden. Hans Kelsen, der Schöpfer der österreichischen Verfassung sagte dazu, dass Demokratie nicht die Diktatur der Mehrheit bedeute, sondern einen ständigen Kompromiss zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen impliziere. Und hier sind wir beim springenden Punkt. Unsere Demokratie ist so ausgelegt, dass ihr wichtigster Bestandteil der Kompromiss ist. Um Mehrheiten in den Parlamenten zu erreichen, bilden Parteien nach den Wahlen Koalitionen und versuchen in Verhandlungen, gemeinsame Standpunkte für die kommende Legislaturperiode zu erarbeiten. Diese Koalitionsprogramme sind immer Kompromisse und sofern sie über keine absolute Mehrheit verfügt, kann keine Partei ihre eigenen Standpunkte zu hundert Prozent umsetzen. Und das Finden dieser Kompromisse ist auch später in der Regierungsarbeit der Grund, warum es dauert, zu Entscheidungen und Beschlüssen zu kommen. Politische

Arbeit ist Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen, sie soll möglichst allen Bürger_innen zugutekommen, und da den richtigen Weg zu finden, dauert. Und das ist gut so. Wenn Wähler_innen, Medien oder politische Mitbewerber_innen von Stillstand, Reformstau oder davon reden, dass eine Partei ihre Haltung verraten hätte, dann übersehen sie das Wesen der Demokratie, den Kompromiss.

Und was hat das nun alles mit den anstehenden Wahlen in Tirol und Innsbruck zu tun? Wenn es darum geht eine liberale, weltoffene und solidarische Gesellschaft, in der Politik niemanden ausgrenzt oder gar diffamiert zu unterstützen, dann sollte man sich darauf konzentrieren, welche der wahlwerbenden Parteien diese Haltungen vertritt und in der Rückschau und Beurteilung vorangegangener Regierungsbeteiligungen auch darauf den Fokus legen. Kompromisse mit politischen Gegner_innen zu finden ist keine Schwäche, sondern eine Stärkung der Kultur einer politischen Auseinandersetzung, die der Demokratie gut tut, sie weiter entwickelt und sie am Leben hält.

Markus Schennach

FREIRAD - Programmzeitung Jänner – März 2018